Interpellation Nr. 103 (September 2021)

betreffend die Folgen irrwitziger Asylpolitik

21.5583.01

Die brutale Gewalttat von Würzburg, wo ein Somalier drei Frauen getötet und mehrere andere verletzt hat, spiegelt einmal mehr das Versagen der Asylpolitik wider.

Der Mann war 2015 nach Deutschland gekommen. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, allerdings erhielt er sogenannten "subsidiären Schutz". Das heisst: Es steht ihm zwar kein Flüchtlingsstatus zu, aber er darf trotzdem bleiben, weil ihm in seinem Heimatland "Schaden" drohen könnte.

Abgeschoben wurde er auch dann nicht, als er mehrfach auffällig wurde – unter anderem, weil er jemanden mit einem Messer bedroht hatte. Eine Bankrotterklärung des Staates, die in Europa viel zu oft vorkommt.

In Deutschland gab es im Vorjahr rund 168 000 Tatverdächtige bei der Gewaltkriminalität. 38 Prozent davon waren nicht-deutsche Tatverdächtige, 13 Prozent Zuwanderer. Ganz ähnlich sieht das Verhältnis bei Vergewaltigungen und sexueller Nötigung aus. Das ist der Preis für die irrwitzige Asylpolitik, die jeden reinlässt, der es an die EU-Aussengrenze schafft. Und diese Menschen, auch wenn kein Schutzgrund vorliegt, nach dem negativen Ausgang eines Asylverfahrens kaum abschiebt.

Es ist die völlige Ignoranz des Schutzbedürfnisses der eigenen Bevölkerung zugunsten schrankenloser Massenmigration nach Europa.

- 1. Wie viele abgelehnte Asyl-Bewerber befinden sich zur Zeit in Basel-Stadt?
- 2. Werden Asyl-Bewerber auch von Basel abgeschoben?
- 3. Wie ist es genau geregelt, bei den Asyl-Bewerbern. Für was ist konkret der Kanton Basel-Stadt und für was ist konkret der Bund, die Eidgenossenschaft, zuständig?
- 4. Wie viele Asyl-Bewerber befinden sich zur Zeit in Basel?

Eric Weber